

UOKG

UNION DER OPFERVERBÄNDE
KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

**Vorstandsmitglied des
Bundesvorstandes
Michael Markus Schulz**

Anschrift: 22145 Hamburg

Tel. 01722900306

0406443145

E-Mail: schulz@uokg.de

UOKG-Bundesvorsitzender:

Rainer Wagner

Stellvertretende Vorsitzende:

Ernst-Otto Schönemann

Theodor Mitrup

Ehrevorsitzende:

Gerhard Finn & Horst Schüler

www.uokg.de

eMail: info@uokg.de

Postadresse:

Ruschestr. 103, Haus 1

10365 Berlin

Tel. 030 55779351

Berlin, den 28.11.2011

Herrn

Prof. Dr. Norbert Lammert MdB, persönlich

Präsident des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Plenardebatte am 01.12.2011 (Renten DDR-Flüchtlinge)

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert,

vor genau einem Jahr, am 02.12.2010, wurde im Bundestag die rentenrechtliche Problematik der Menschen aus Flucht-Ausreise-Freikauf angesprochen. Inzwischen haben SPD und GRÜNE Anträge zur Lösung vorgelegt und der Petitionsausschuss eine Beschlussempfehlung.

Nun sollen, im Jahr darauf, am 01.12.2011 die von den Oppositionsparteien vorgelegten Anträge auf der Tagesordnung stehen, sowie die dem Petitionsausschuss vorliegende Sammelpetition. Wir haben Hinweise erhalten, dass nicht nur die Anträge abgelehnt werden, sondern auch die Petition. Wir halten eine solche Vorgehensweise für einen politischen Affront.

Denn an der Petition vom 13.08.2010 haben sich sehr viele SED-Opfer beteiligt, insbesondere die Hohenecker Frauen, an deren Schicksal erst jüngst die ARD erinnerte mit dem Film „Es ist nicht vorbei“ und der anschließenden Dokumentation. Zuvor berichtete die ARD in FAKT.

Die rückwirkende Einbeziehung von originären Bundesbürgern in den „Prozess des Beitritts der DDR“ ist bislang nicht aufgeklärt worden. Zum Nachteil der deutsch-deutschen Flüchtlingsgeneration wirken die Folgen bis heute.

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, wir als Dachverband UOKG halten die Debatte der Altersversorgung für die ehem. DDR-Flüchtlinge für unausweichlich. Wir bitten Sie, dafür Sorge zu tragen, dass zum einen der vorschnelle Abschluss des Petitionsverfahrens verhindert wird und zum anderen die Problematik vor dem historischen Hintergrund im Bundestag erörtert wird. Auch halten wir eine Anhörung der UOKG, IEDF sowie Vertretern der Betroffenengruppen für dringend geboten.

Wir hoffen sehr, dass Sie gemeinsam mit dem Ältestenrat unser Anliegen unterstützen und uns eine kurze Rückantwort zum Erreichten zukommen lassen. Herzlichen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Anita Gößler
(Vorstandsmitglied
für den Bundesvorstand)

gez. Michael M. Schulz
(Vorstandsmitglied
für den Bundesvorstand)